

Wirtschaft

Start zur Samba-Ökonomie

Auf dem Gipfel der Staaten der Europäischen Union mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik sollten die Koordinaten für eine neue Ordnung bestimmt werden. Zunächst bleibt es bei Verhandlungen, die noch heuer beginnen sollen. Lateinamerika wird sich der strengen Konkurrenz zu Osteuropa und Asien stellen müssen.

Thomas Jäkle

Am Schloss Belvedere zu Wien wurde in einem Zelt mittags Folklore gespielt, Corona getrunken und gegessen, so wie man es in Mexiko zu tun pflegt. Vor dem Bundeskanzleramt präsentierten zwei Dutzend Demonstranten ein Transparent mit der Aufschrift „Folter in Mexiko“. Und im Messezentrum ließ die argentinische Samba-Königin im Auftrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace die Hüllen fallen, um leicht bekleidet im Samba-Outfit auf den Papierkrieg in Uruguay und Argentinien hinzuweisen, als die rund 60 Präsidenten des vierten EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfels (Eulac) Aufstellung zum „Familienfoto“ nahmen.

Doch der Showteil war damit nicht zu Ende. Die Stars des Eulac-Gipfels waren zwei Herren, die gezielt die Aufmerksamkeit auf sich zogen: Venezuelas Präsident Hugo Chávez und Bolivien Evo Morales, der als erster Indigeno im Dezember 2005 zum Präsidenten seines Landes gewählt wurde. Beide hatten sich auch außerhalb des eigentlichen Protokolls zu alternativen Veranstaltungen aufgemacht, unter anderem zur KPÖ in der Wiener Urania und zu Veranstaltungen in der Stadthalle.

Bolivien Präsident Morales wurde in den vergangenen Wochen zu einer Art Ikone gegen den Räuberkapitalismus inthronisiert. Er hat sofort nach dem Amtsantritt angekündigt, im Privatbesitz befindliche Erdgas-, Mineral- und Versorgungsunternehmen in den Staatsbesitz zurückzuführen. Dabei handelte es sich in erster Linie um Unternehmen aus Brasilien sowie um mehrere spanische Firmen. Brasiliens Regierungschef Lula da Silva sowie Spaniens Ministerpräsident José Zapatero hatten dazu offiziellen Protest eingelegt.

„500 Jahre wurde unser Land ausgebeutet. Wir brauchen in Zukunft keine Bosse, wir brauchen Partner, die zuverlässig sind“, erklärte Morales gegenüber *economy*. Es würden Partner benötigt, die dem verarmten Land auf die Sprünge helfen. „Wir haben massive Probleme im sozialen und im Bildungsbereich, in Schulen und Universitäten, wir haben eine hohe Analphabetenrate. Um diese

Probleme zu lösen, brauchen wir Partner, die es ernst meinen und uns nicht unserer Bodenschätze berauben“, erklärt Morales. Und die Bodenschätze des Andenstaates sollen Bolivien den Reichtum bringen. An der Verstaatlichung von ausländischen Unternehmen werde man festhalten. Gleichzeitig hat Morales auch signalisiert, die Wirtschaft nicht komplett abzuschotten. „Wir sind aber auch bereit, Gespräche zu führen, mit jedem Unternehmen und mit jedem Land“, sagte Morales. Nachsatz: „Auch mit den USA.“ Und mit den unzähligen spanischen Unternehmen, die in Bolivien investiert haben.

Mit Spaniens Regierungschef José Zapatero hat Morales Gespräche geführt und signalisiert, dass die Rechtssicherheit trotz Verstaatlichung der spanischen Betriebe dennoch gegeben sei. Wie die Relationen in der Zukunft gepflegt werden sollen, das sei im Detail zu klären. „Unser Volk darf aber nicht schon wieder draufzahlen. Ich habe mit der Wahl ein Mandat erhalten, das ich in seinem Sinne erfüllen werde“, sagte Morales zu *economy*.

Der lange Marsch

Im Gegensatz zu Chávez hielt sich Boliviens Regierungschef sichtlich zurück, weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Zumindest nicht bei den Pressekonferenzen, die vor bis zu 200 Journalisten und etwa einem Dutzend Kamerateams aus der ganzen Welt bestens besucht waren. Chávez nutzte auch in Wien jede nur erdenkliche Möglichkeit, um die Bush-Administration zu brüskieren und sich als „Enfant terrible“ auf der Weltbühne zu präsentieren.

Die europäischen Staatshäupter forderten schon zu Beginn des Eulac-Gipfels, dass das Privateigentum von Investoren nicht angetastet werden dürfe, ja sogar geschützt werden müsse. Auch Österreichs Wirtschaftsminister Martin Bartenstein fordert, dass die Verstaatlichung bisher privater Unternehmen rückgängig gemacht werden müsse.

Den Weg zu mehr Privatwirtschaft und weniger Staat will beispielsweise der Vorzeigeverbündete Mexiko weiter vorantreiben. Allerdings: Bei Energie- und Wasserversorgungsunternehmen ist Schluss



Mit großer Freude hatte Bundeskanzler Wolfgang Schäuble den neuen bolivianischen Staatsoberhaupt Evo Morales empfangen, der ausgiebig über seine Verstaatlichungspläne sprach. Foto: APA/Techt

mit globaler Offenheit. In absehbarer Zeit stehen nach Angaben von Mexikos Wirtschaftsminister Sergio García de Alba Zepeda in Mexiko keine im Staatsbesitz befindlichen Betriebe zur Privatisierung an: „In Mexiko gibt es staatliche und private Unternehmen. Und das wird auch so bleiben.“

Viele Wünsche

Was hat der Gipfel gebracht? Nicht viel, sagen Kritiker. Außer Absichtserklärungen in Verhandlungen über Freihandelsverträge. Bundeskanzler Wolfgang Schäuble rühmte Dialoge – „Jeder hat mit jedem geredet.“ Über 250 bilaterale Gespräche habe es gegeben. Intensive Kontakte habe es zwischen Europa und der Andengemeinschaft (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru) gegeben, die auch nach dem Austritt Venezuelas weiter existieren wird. Das Ziel, mit den Mercosur-Ländern (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) ein Abkommen zu unterzeichnen, wurde nicht erreicht.

So soll nach Angaben von Bundeskanzler Schäuble das Handelsvolumen zwischen der EU und Lateinamerika in den kommenden fünf Jahren von derzeit 125 Mrd. Euro verdoppelt werden. Der Wert des EU-Außenhandels mit Lateinamerika beträgt 6,5 Prozent des gesamten EU-Außenhandelsvolumens. Die Entwicklungsbank

wolle Klein- und Mittelbetriebe fördern, wodurch bis zu 100 Mio. neue Jobs geschaffen werden sollen.

Noch heuer, unter der finnischen EU-Ratspräsidentschaft, sollen die Verhandlungen über Freihandelsverträge beginnen, avisierte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Von dem Ziel, eine Freihandelszone zwischen den Eulac-Staaten zu schaffen, ist man noch weit entfernt, erklärte ein österreichischer EU-Experte am Rande der Konferenz. Der Weg zur Samba-Ökonomie ist also noch ein steiniger.

Vorwärts zur Vergangenheit

Das wirtschaftliche Konzept Boliviens und Venezuelas entspricht den Mustern aus den 1940er Jahren, erklärt Bernhard Felderer, Direktor im Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Und dies hat sicher keine Zukunft. Die beiden Länder brauchen neue Investitionen. Chávez und Morales würden mit ihrer Politik Investoren eher verjagen als anziehen. „Das Rezept der Verstaatlichung funktioniert nicht und ist bisher immer daneben gegangen, mit Ausnahme von Bodenreformen“, sagte Felderer im Gespräch mit *economy*.

Es sind aber nicht nur die Fragen bezüglich Eigentum und Investitionssicherheit, die noch unklar sind. Vielmehr müssen viele Länder Südamerikas auch

für die innere Sicherheit sorgen, abseits ökonomischer Betrachtungen. Überfälle an Straßenkreuzungen in Brasilien, auch mit Waffengewalt und Schießereien, gehören zur Tagesordnung, wie ein Manager einer österreichischen Firma bereits zweimal hautnah binnen eines halben Jahres erfahren durfte. „In Caracas und anderen Städten leben die Menschen in abgesperrten Zonen, die mit Mauern, Stacheldraht und Wachmannschaft abgesichert werden, in einem goldenen Käfig“, erklärt Felderer. Die sozialen Spannungen seien enorm. Für die heimischen Unternehmen gebe es dennoch Chancen in Südamerika. Und zwar in den Ländern, die sich an soziale und wirtschaftliche Standards in Europa anlehnen und sich von den USA abzukoppeln versuchen. „Darin liegt die Chance für Europa, den großen Markt in Lateinamerika wieder zu erschließen. „Es ist ja nicht so, dass Südamerika für die Europäer Neuland ist“, so Felderer.

Die Samba-Ökonomien Südamerikas werden sich mit Ländern in Osteuropa und Asien messen. China und Indien sind die Wachstumsmärkte aus europäischer Sicht. „Das Wachstum ist enorm, auch die Produktivität“, erklärt Felderer. Politische und ökonomische Risiken seien dort zwar auch gegeben, doch derzeit weniger als in vielen Ländern Lateinamerikas.